

Entscheidung gegen Deutschland

- **ZF-Gesamtbetriebsrat kündigt Widerstand gegen Stellenabbau an**
- **Pläne lenken von Manager-Versagen ab**

Schon zu Beginn des Jahres 2024 hat der Gesamtbetriebsrat mit Großdemonstrationen, zum Beispiel in Friedrichshafen, Schalke oder Schweinfurt, die Öffentlichkeit über die Pläne des Vorstands informiert – die Streichung von 12 000 Stellen in Deutschland bis zum Jahr 2030.

Vom Vorstand wurde dies damals als Panikmache von Arbeitnehmervertretung und IG Metall abgetan. Das vom Gesamtbetriebsrat im Januar 2024 genannte Szenario wird mit der heutigen Verlautbarung des Vorstands massiv verschärft: Jetzt sollen bis zu 14 000 Stellen in Deutschland wegfallen, und das schon bis zum Jahr 2028 – also zweitausend mehr und zwei Jahre früher.

Achim Dietrich, der Gesamtbetriebsratsvorsitzende der ZF Friedrichshafen AG: „Diese Ankündigung schürt Ängste, wo wir eigentlich den vollen Einsatz für die Belieferung der Kunden, der Bewältigung der Rezession und der Transformation brauchen. Die Beschäftigten und deren Interessenvertretung werden sich entschieden gegen Pläne wehren, die einseitig nur darauf setzen, die Lohnkosten zu drücken, denn damit werden nicht die Ursachen der Krise bekämpft, sondern von Manager-Versagen abgelenkt. Der ZF-Vorstand hat sich gegen die Zukunft von Standorten und tausenden von Mitarbeitern in Deutschland entscheiden und wird dafür erbitterten Widerstand erhalten. Wir werden um jeden einzelnen Arbeitsplatz kämpfen.“

Helene Sommer, Erste Bevollmächtigte der IG Metall am Bodensee und Konzernbeauftragte der IG Metall, ergänzt: „Die Transformation unserer Industrie kann nur mit und nicht gegen die Beschäftigten gelingen. Wir fordern das Unternehmen auf, in neue Technologien zu investieren, um wettbewerbsfähiger zu werden und Arbeitsplätze in Deutschland zu sichern.“